

<b>Zeitschrift:</b>	Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
<b>Herausgeber:</b>	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
<b>Band:</b>	14 (1934-1935)
<b>Heft:</b>	7
<b>Artikel:</b>	"Zunächst einmal 20 Prozent" : Bemerkungen zum Abbauprogramm des Handels- und Industrievereins
<b>Autor:</b>	Gawronsky, V.
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-332103">https://doi.org/10.5169/seals-332103</a>

### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

**Verzweiflung des Volkes schließlich gegen die Demokratie richten würde, die nicht mehr imstande ist, ihren Bürgern eine ausreichende Existenz zu sichern.**

Das war der Grund, weshalb die schweizerische Arbeiterschaft in Verbindung mit Bauern und Angestellten die *Kriseninitiative* vor das Volk gebracht hat. Die Kriseninitiative will sowohl die Deflation wie die Abwertung vermeiden. Durch organisierte Krisenbekämpfung wird sie die Inlandswirtschaft intakt halten und dem Export durch weitgehende staatliche Förderung über die Depressionszeit hinweghelfen. Die Kriseninitiative ist meines Erachtens der einzige Weg, um mit der Abbaupolitik Schluß zu machen, ohne den Schweizerfranken abzuwerten. In bezug auf diesen Weg sind zweifellos alle Kreise der Arbeiterbewegung einig, während die Stellung zur Frage der Abwertung im übrigen umstritten sein dürfte. Für den Fall jedoch, daß die Politik der Kriseninitiative durch das Großkapital verunmöglicht würde, müßte sich das Problem der Devaluation erneut stellen; denn die schweizerische Arbeiterschaft könnte unter keinen Umständen eine Weiterführung der Lohn- und Preissenkungspolitik dulden. Doch wenn es gelingt, alle abbaugegnerischen Kräfte zu mobilisieren — und das muß möglich sein —, so wird die Kriseninitiative angenommen und verwirklicht werden.

---

## »Zunächst einmal 20 Prozent«

**Bemerkungen zum Abbauprogramm des Handels- und Industrievereins.**

Von V. G a w r o n s k y.

Wir leiden zur Zeit an einer Inflation — allerdings nicht an einer Banknoteninflation, sondern an einer Inflation von *Deflationsprogrammen*. Innert weniger als einem Vierteljahr haben wir *drei* bedeutsame Kundgebungen für den Abbau der Preise und Löhne erlebt, von den minder wichtigen und denen mehr lokalen Charakters ganz zu schweigen: die *Aarauer Rede* von Bundesrat Schultheß, die Eingabe des *Gewerbeverbandes* an die oberste Landesbehörde und die Eingabe des *Handels- und Industrievereins*, betitelt: »Anschluß an die Weltwirtschaft!«

Bevor wir uns dem eigentlichen Thema unserer Ausführungen zuwenden, der Betrachtung des zuletzt genannten Abbauprogrammes, sei darauf hingewiesen, daß — von den mutmaßlichen Wirkungen des Abbaus selbst ganz abgesehen — bereits durch die *dauernde Wiederholung von Abbauforderungen* ein wirtschaftlicher Effekt erzielt wird, der niemanden, auch nicht den Abbaufreunden, erwünscht sein kann. Die Abbaufreunde wollen durch ihre Propaganda möglichst breite Volkskreise von der Notwendigkeit und Unumgänglichkeit einer Senkung der Preise und Löhne überzeugen. Was aber geschieht, wenn ihre Ueberredungskünste wirklich Erfolg haben? Das, was bei jeder Abbaupsychose eintritt: daß nämlich die breiten Massen sich bei Ein-

käufen jeder Art auf das Allernotwendigste und Unentbehrlichste beschränken — die einen in der Hoffnung, in nicht allzu langer Zeit dieselben Waren zu einem niedrigeren Preise erstehen zu können, und die anderen aus Furcht, daß auch sie die bittere Pille des Lohnabbaus demnächst werden schlucken müssen. Aber diese Zurückhaltung bleibt nicht auf die breiten Massen der Konsumenten beschränkt — alle Kreise der Wirtschaft, Kaufleute, Industrielle, Landwirte, Gewerbetreibende werden, sobald sie einmal von der Abbaupsychose erfaßt sind, bei Anschaffungen, Aufträgen und Bestellungen aller Art dieselbe Vorsicht walten lassen. Warum ein Haus bauen, warum eine Maschine installieren, warum eine aufschiebbare Reparatur ausführen lassen, wenn man doch in sechs Monaten oder in einem Jahre alles für weniger Geld haben kann? Das ist die Stimmung, die durch die Deflationspropaganda des Gewerbeverbandes und des Handels- und Industrievereins nur allzu leicht erzeugt werden könnte. Als Frucht eines solchen stimmungsmäßig begründeten Verhaltens aber tritt ein allgemeiner Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten, eine Lähmung der Produktion, eine Verschärfung der Krise ein. Es läßt sich nicht voraussagen, ob die bisherige Abbaupropaganda bereits genügt, um breitere Volkskreise zu einer willkürlichen Zurückhaltung ihrer Kaufkraft zu veranlassen. Wenn dieses, wie wir hoffen möchten, *nicht* der Fall ist, dann liegt der Verdienst zu einem guten Teile bei den Anhängern der Kriseninitiative, die der Verbreitung der Abbaupsychose rechtzeitig entgegengetreten sind und dem Volke klarzumachen suchten, daß der allgemeine Abbau, volkswirtschaftlich betrachtet, weder notwendig noch erwünscht ist.

Wir haben diese Feststellungen vorweggenommen, um zu zeigen, daß diejenigen Kreise und Verbände, die sich auf eine Propagierung und Popularisierung der Abbauforderungen verstieft haben, eine Verantwortung gegenüber der Volkswirtschaft auf sich nehmen, die keineswegs leicht wiegt. Wenn aber die Abbaupropaganda eher krisenverschärfend wirkt — ist der Abbau selbst wenigstens imstande, eine Besserung der Konjunktur herbeizuführen oder ist er unerlässlich, um ein weiteres Absinken der Wirtschaftskurve zu verhindern?

Betrachten wir einmal das Abbauprogramm des Handels- und Industrievereins etwas näher! »Anschluß an die Weltwirtschaft!« nennt es sich, und was es fordert, das ist ein durchgängiger Abbau der Kosten der Produktion und der Lebenshaltung, der sich »auf alle Gebiete der wirtschaftlichen Tätigkeit erstrecken« muß und »zunächst einmal 20 Prozent« betragen soll. Als Maßnahmen zur Kostensenkung werden aufgezählt: Abbau der Besoldungen, Pensionen und Extravergütingen, Abbau der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung, der Lohnentschädigungen für Notstandsarbeiten, ferner Abbau der Tarife für elektrischen Strom, Gas und Wasser. Nicht fehlen darf eine Kürzung der Versicherungsleistungen bei Krankheit und Unfall, wobei ausdrücklich gefordert wird, daß »gegen den Mißbrauch sozialer Institutionen insbesondere auf dem Gebiete des Versicherungswesens mit allem Nachdruck vorgegangen werde«. Ein besonderes Kapitel widmet die Ein-

gabe der »Anpassung der steuerlichen Belastung«, wobei sie von der Voraussetzung ausgeht, daß »in der Schweiz das erträgliche Maß nicht nur erreicht, sondern bereits überschritten ist«. Sie weist darauf hin, daß andere Staaten — wie England und Deutschland — sich bemühen, durch Steuerermäßigungen der Notlage ihrer Industrie Rechnung zu tragen. Dabei scheinen die Verfasser der Eingabe nicht zu wissen, daß die Steuerlast in Deutschland 30 Prozent, in England 27 Prozent, in der Schweiz aber nur 12 Prozent des Volkseinkommens beträgt.

Das Abbauprogramm des Handels- und Industrievereins stellt ein Sammelsurium von Vorschlägen dar, über die jedem Rückschrittler das Herz im Leibe lachen wird. Mir nichts, dir nichts sollen alle sozialen und kulturellen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte zu nichte gemacht, soll das Schweizervolk auf den Lebensstandard seiner Großväter zurückgeworfen werden. Und wozu das alles? Weil sich im Kopfe einiger Exportindustrieller die Idee festgesetzt hat, die schweizerische Wirtschaft könne nur blühen und gedeihen, wenn die schweizerischen Exportmengen sich möglichst den Rekordzahlen der Jahre 1928 und 1929 annähern. Deshalb der rücksichtslose Abbau, deshalb die gewaltsame Umkrempelung der gesamten schweizerischen Wirtschaft! Daß seither gewichtige Strukturwandlungen in der europäischen Wirtschaft Platz gegriffen haben, daß zahlreiche Agrarländer sich weitgehend industrialisiert haben, daß neue Konkurrenten aufgetaucht sind, daß viele ehemalige Absatzgebiete unserem Export voraussichtlich für alle Zeiten verschlossen bleiben werden — dies alles bedenken die Exportindustriellen nicht. Sie bedenken nicht, daß seit Jahren ein stiller, aber tiefgreifender Anpassungsprozeß an die veränderten Verhältnisse in unserer Industrie vor sich geht. Ein Anpassungsprozeß, der sich in einer vermehrten Deckung des inländischen Warenbedarfes durch die inländische Produktion, in der fortschreitenden Umstellung ehemals exportierender Industrien auf den Inlandsmarkt äußert. In der Landwirtschaft sieht dieser Anpassungsprozeß nicht anders aus: wir erinnern bloß an die völlige Unterbindung der Einfuhr ausländischer Butter und die Deckung des Butterbedarfes ausschließlich durch Eigenproduktion — eine Folge des katastrophalen Rückgangs der Käse- und Kondensmilchausfuhr, durch die genug Milch zur Verbutterung frei geworden ist. Auf der gleichen Ebene bewegen sich die Bestrebungen zur Förderung des einheimischen Getreide-, Frühgemüse- und Weinbaus: überall sucht man, die Bauernbetriebe auf Produktionsarten hinzulenken, für die im Inland Absatzmöglichkeiten vorhanden sind, um auf diese Weise den Exportausfall nach Möglichkeit auszugleichen.

Aber diese Umstellung der Wirtschaft auf den Inlandsmarkt — eine Umstellung, die in allen Ländern der Welt mehr oder weniger geschickt und erfolgreich versucht wird —, ist an eine Voraussetzung geknüpft: an eine aufnahmewillige und aufnahmefähige, das heißt an eine *kaufkräftige inländische Konsumentenschaft*. Wer soll unsere über dem Weltmarktniveau liegenden Milch-, Butter- und Weinpreise, unsere im Verhältnis zu vielen europäischen Ländern überhöhten Preise für

Möbel, Kleider, Radioapparate usw. zahlen, wenn der schweizerische Arbeiter und Angestellte gemäß den Vorschlägen des Handels- und Industrievereins auf den Lebensstandard des italienischen, österreichischen oder deutschen Arbeiters herabgedrückt wird? Die Verfasser der Eingabe wissen nun allerdings ganz genau, daß der Preis- schutz, der heute zugunsten der Inlandsindustrie wirksam ist, nicht aufrechterhalten bleiben kann, wenn Löhne, Gehälter, Unterstützungen um 20 Prozent gesenkt werden. Daher fordern sie — allerdings noch ziemlich verklausuliert — den »*Abbau handelspolitischer, preisver- teuernd wirkender Maßnahmen*«. Damit aber wird im Grunde nichts anderes bezweckt als die allmähliche Wiederöffnung der Grenzen für wohlfeile ausländische Konkurrenzprodukte, um langsam, aber sicher den heute bestehenden Preisschutz zu unterhöhlen und schließlich völlig niederzureißen. Mit diesem Preisschutz stehen und fallen jedoch große Teile unserer Inlandsindustrie und unserer Landwirtschaft. Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir mitteilen, daß in den Reihen der vorwiegend auf den Inlandsmarkt angewiesenen Industriel- len und auch in manchen Handelskreisen über die Eingabe des Vorortes des Handels- und Industrievereins alles eher als Begeisterung herrscht. Man empfindet dort die einseitige exportindustrielle Ein- stellung des Vorortes zuweilen als eine schwere Belastung des eigenen Existenzkampfes. Was soll aus der gesamten inlandorientierten Industrie werden, wenn der Preisschutz fällt? Und was, wenn der Preis- schutz zwar bestehen bleibt, die Konsumenten zu Stadt und Land aber durch weiteren Lohn- und Einkommensschwund außerstande gesetzt werden, ihren Bedarf in gewohnter Weise und im bisherigen Umfange zu decken? Schon klagen verschiedene Industrien, die sozusagen aus- schließlich auf die inländische Käuferschaft angewiesen sind und die sich noch im Jahre 1933 einer recht guten Konjunktur erfreuten (nämlich die Bekleidungsindustrie, die Schokoladenindustrie, die Tabak- industrie und die Seifenindustrie), über ein fühlbares Nachlassen der Bestellungen — eine Erscheinung, die mit dem bisher vorgenommenen Lohn- und Preisabbau im engsten Zusammenhang steht. Auch der Kon- junkturrückgang im Baugewerbe ist nicht so sehr auf eine *tatsächliche* Deckung des Bedarfs an Neubauwohnungen zurückzuführen als viel- mehr auf eine verminderte Nachfrage nach neuen, komfortablen Woh- nungen, und dies infolge des Einkommensschwundes bei breiten Volks- massen. Hört man doch aus verschiedenen Städten und Ortschaften des Schweizerlandes, daß ein reger Umzug von größeren in kleinere und von neuen in alte, billigere Wohnungen eingesetzt hat. Wo soll das alles enden, wenn die Abbaupolitik weitergetrieben wird? Soll das Kapital, das zur Ermöglichung der Umstellung auf den Inlands- markt in der schweizerischen Industrie investiert worden ist, verloren- gehen? Den Einsichtigen unter unseren Industriellen behagt der kon- sequente Abbaukurs des Vorortes ihres Verbandes durchaus nicht — doch wagen sie es nicht, gegen die exportindustrielle Richtung, die einen heute durch nichts mehr zu rechtfertigenden Vorrang in der Verbandspolitik genießt, zu rebellieren.

Die Exportindustriellen bemühen sich allerdings, zur Begründung ihrer Postulate Argumente anzuführen, die auf den ersten Blick für denjenigen, der nicht volkswirtschaftlich, sondern nur privatwirtschaftlich zu denken gewohnt ist, bestechend erscheinen. An Hand eines reichen Zahlenmaterials wird der Ausfall dargestellt, den unsere Ausfuhr seit dem Jahre 1928 zu verzeichnen hat, und die Schuld daran wird weitgehend den hohen Lebenshaltungs- und Produktionskosten zugeschrieben. Derjenige, der die Eingabe liest, ohne große Kenntnisse der schweizerischen und der europäischen Wirtschaftssituation zu besitzen, könnte in der Tat zu der Schlußfolgerung gelangen, daß die schweizerische Wirtschaft aus dem letzten Loche pfeife, und daß die Konjunkturlage in andern Ländern um so besser ist, je geringer das Lohnniveau und je günstiger daher — nach Ansicht der Verfasser der Eingabe — die Konkurrenzbedingungen der betreffenden Industrien sind.

Wie sind diese Zusammenhänge in Wirklichkeit? Zugegeben, daß das schweizerische Lohnniveau auch heute, trotz dem bereits vorgenommenen Abbau, immer noch über demjenigen der meisten Länder liegt, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten und (wenn man auf den Reallohn, nicht aber auf den Nominallohn abstellt) etwa noch Englands und Skandinaviens. Wie aber verhält es sich mit dem Export? Von 1929 bis 1934 betrug der Rückgang der *schweizerischen* Ausfuhr 64 Prozent — gewiß ein harter Schlag für die auf Auslandsabsatz angewiesene Industrie. Aber *Frankreich* beispielsweise, dessen Lohnniveau rund ein Drittel unter dem unsrigen liegt, hat seit 1929 einen prozentual genau so starken Exportausfall erlitten, die *Tschechoslowakei*, deren Löhne knapp die Hälfte der schweizerischen erreichen, weist einen Exportausfall von rund 65 Prozent auf und *Italien* gar einen solchen von 66 Prozent, trotzdem das dortige Niveau einen für uns kaum vorstellbaren Tiefstand innehält. Und die Ausfuhr aus *Deutschland*, das neben dem Mittel des radikalen Lohnabbaus nun auch das der offenen und verkappten Ausfuhrprämien ausprobiert, war im Jahre 1934 sogar um 67 Prozent geringer als im Jahre 1929.

Wir wollen unsere Leser nicht durch allzu viele Zahlenbeispiele ermüden. Festgestellt sei noch, daß der Anteil der schweizerischen Ausfuhr am gesamten Exportwert aller Länder der Erde im Jahre 1929 1,21, im Jahre 1934 aber rund 1,4 Prozent betrug. Der Anteil ist also nicht etwa — wie man auf Grund der Eingabe des Handels- und Industrievereins hätte annehmen müssen — infolge des überhöhten schweizerischen Lohnniveaus und der überhöhten schweizerischen Produktionskosten gesunken, sondern ganz im Gegenteil gestiegen. Ein Umstand, der wirklich nicht dafür spricht, daß die Konkurrenzbedingungen der Schweiz schlechter sind als diejenigen anderer Länder. Der Rückgang des schweizerischen Exportes liegt nicht in zu hohen Preisen begründet, sondern darin, daß die Kaufkraft in fast allen Absatzgebieten stark gesunken ist, daß die einzelnen Staaten sich mehr und mehr abschließen, und daß die meisten dazu übergegangen sind, ihren Bedarf nach Möglichkeit im eigenen Lande zu decken. Im Rahmen

der allgemeinen Welthandelskrise aber hat sich gerade der schweizerische Außenhandel verhältnismäßig sehr gut gehalten.

Wir kommen zum Schluß. Wir haben festgestellt, daß die Beziehungen zwischen Lohnhöhe und Exportmenge nicht so gradlinig sind, wie in exportindustriellen Kreisen irrtümlicherweise angenommen wird. Die Beispiele anderer Länder, namentlich dasjenige Deutschlands, lehren uns, daß wir von einem Lohnabbau, und mag er noch so rücksichtslos sein, keineswegs mit Sicherheit oder auch nur mit großer Wahrscheinlichkeit eine Belebung unseres Exportes erwarten können. Wir haben ferner festgestellt, daß der Abbau — bei einem durchaus zweifelhaften Nutzeffekt für die Exportindustrie — nicht nur den lohnarbeitenden Massen, sondern der gesamten schweizerischen Binnenwirtschaft, der Inlandsindustrie, der Bauernschaft, dem Gewerbe sicheren und schweren Schaden zufügen wird. Wir haben drittens festgestellt, daß bereits die *Abbaupropaganda* geeignet sein kann, die Wirtschaft zu lähmten und die Krise zu verschärfen.

Die Arbeiterschaft befindet sich also — nicht bloß standespolitisch, sondern *gesamtwirtschaftlich* gesehen — auf dem *richtigen* Wege, wenn sie dem Abbau entschieden entgegentritt.

---

## Die Wirtschaftspolitik der Angestellten

Von M. Gridazzi.

Der politischen und wirtschaftspolitischen Haltung des sogenannten Mittelstandes kommt innerhalb der heutigen Gesellschaft eine besondere Bedeutung zu. Eine Betrachtung seiner wirtschaftspolitischen Ideen beansprucht deshalb, gerade auch im Hinblick auf die nächsten vor uns liegenden großen sozialen Kämpfe, ein erhöhtes Interesse. Wir versuchen im folgenden, allerdings nur stichwortartig, die entscheidenden Etappen dieser Politik zur Darstellung zu bringen.

Eine zielbewußte, klare Mittelstands- oder Angestelltenpolitik setzte erst in der Nachkriegszeit ein. Krieg und Nachkriegszeit bildeten zeitlich die entscheidenden Epochen, die dem sowohl soziologisch als auch ideologisch nur schwer zu erfassenden »Mittelstand« den ersten schweren Stoß versetzten und ihn zur politischen Stellungnahme geradezu zwangen. Zwar bestanden schon lange Zeit vorher namhafte Verbände der Angestellten; ihre Aufgabe hatte aber bis anhin in der Hauptsache darin bestanden, ihren Mitgliedern Gelegenheit zur Berufsausbildung und namentlich auch zur standesgemäßen Geselligkeit zu vermitteln. Um eigentliche Gewerkschaftsfragen kümmerten sie sich wenig. Ihre soziale und gesellschaftliche Stellung erschien ihnen für ewige Zeiten gesichert. Die Frage ihres sozialen Aufstieges war höchstens eine Frage der Zeit und stand ihrer Meinung nach in keinem Zusammenhang mit den soziologischen Gegensätzen innerhalb der Gesellschaft. Sie erkannten deshalb auch in ihren Arbeitgebern weniger die Exponenten einer andern sozialen Klasse als vielmehr die ihnen